

# DAS FUDER IST ÜBERLADEN: NEIN ZUR MASSLOSEN STEUERSENKUNG FÜR UNTERNEHMEN!

Referendum gegen das Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III). Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59ff, dass das Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

| Kanton |  | PLZ                            |  |  | Politische Gemeinde                     |                               | Kontrolle<br>(leer lassen) |
|--------|--|--------------------------------|--|--|---|-------------------------------|----------------------------|
| Nr.    | Name und Vorname<br>(eigenhändig und möglichst Blockschrift) | Geburtsdatum<br>Tag Monat Jahr |  |  | Wohnadresse<br>(Strasse und Hausnummer) | Unterschrift<br>(eigenhändig) |                            |
| 1      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 2      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 3      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 4      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 5      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 6      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 7      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 8      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 9      |  |                                |  |  |   |                               |                            |
| 10     |  |                                |  |  |   |                               |                            |

## Ablauf der Referendumsfrist: 6. Oktober 2016

|   |                      |  |             |
|---|----------------------|--|-------------|
| Die untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Referendumskomitee eingeholt.   |                      |  |             |
| Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben. |                      |  |             |
| Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)  |                      |  | Amtsstempel |
| Ort   | Datum                |  |             |
| Eigenhändige Unterschrift   | Amtliche Eigenschaft |  |             |

Bitte die Liste vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort – spätestens bis am **15. September 2016** – zurücksenden an: **Referendum USR III, Postfach 4164, 2500 Biel 4**

# USR III NEIN



## DAS FUDER IST ÜBERLADEN!

Statt den öffentlichen Finanzen Sorge zu tragen und die Reform der Unternehmenssteuern (USR III) ausgewogen zu gestalten, hat das Parlament neue Privilegien für Konzerne und Aktionäre sowie tiefere Steuern für Unternehmen beschlossen. Dass die Schweiz die illegalen Steuervorteile für Holdings und andere international tätige Firmen abschaffen muss, ist unbestritten. Aber von dieser einseitigen Reform profitieren nur Unternehmensbesitzer. Die Rechnung für diese masslose Vorlage bezahlen wir alle!

### NEIN ZU WEITEREN MILLIARDEN-AUSFÄLLEN

Die Gewinnsteuern für Unternehmen werden schon wieder massiv gesenkt – obwohl diese bereits heute vergleichsweise tief sind. **Weil die einseitige Reform keine Kompensation bei den Einnahmen vorsieht, führt das zu gewaltigen Steuer ausfällen von mindestens 1,5 Milliarden Franken allein beim Bund – pro Jahr!** Dazu kommen Ausfälle in gleicher Höhe bei den Kantonen und Gemeinden. Wir erinnern uns: Bei der USR II waren die tatsächlichen Ausfälle um Milliarden höher als vor der Abstimmung 2008 beteuert worden war.

### NEIN ZU HÖHEREN STEUERN FÜR DEN MITTELSTAND

Die Unternehmen und die Aktionäre selber müssen überhaupt nichts dazu beitragen, das aufgerissene Milliarden-Loch zu stopfen. Dafür hat die bürgerliche Mehrheit im Parlament gesorgt. **Bezahlen sollen dafür einmal mehr die «normalen Leute» – mit höheren Steuern, steigenden Gebühren, explodierenden Prämien und schmerzhaftem Leistungsabbau.** Den Bürgerinnen und Bürgern werden damit noch mehr Lasten aufgebürdet. Dabei sind die öffentlichen Finanzen auf Kantons- und Gemeindeebene bereits jetzt stark unter Druck.

### NEIN ZU NEUEN EXTRA-WÜRSTEN FÜR KONZERNE

Bestehende Steuerprivilegien für multinationale Holdings werden einfach durch neue steuerpolitische Extrawürste und kreative Optimierungs-Konstrukte ersetzt. **Dank diesen bezahlen bestimmte Konzerne auf Kantonsebene nur noch 3 % Gewinnsteuern. Das ist ein Hohn für alle normalen Steuerzahlenden!** Ausserdem ist es kurzfristig und brandgefährlich: Die Ausfälle werden dadurch völlig unkalkulierbar und es ist bloss eine Frage der Zeit, bis die Schweiz international erneut in Verruf und unter Zugzwang gerät.

## UNTERSCHREIBEN! GEGEN MASSLOSE STEUERSENKUNGEN FÜR UNTERNEHMEN!

Das Referendum wird unterstützt von: SP, Grüne, JUSO, Junge Grüne, Solidarités, PdA, SGB, Unia, SEV, Syndicom, VPOD, SIT, Attac

